

Ein Graben mitten durch beide Lager

Eine Wahl-Betrachtung der Bundestagswahl aus parteiensoziologischer Sicht / Von Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith

Im aktuellen politischen Wettbewerb sind Rechts und Links nicht wie gewohnt getrennt. Die Linie verläuft vielmehr zwischen sozial besser und sozial schlechter Gestellten.



[Tiefe Kluft \(dpa\)](#)

1. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 22. Mai nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in schwerster Bedrängnis angetretene Flucht nach vorn in eine vorgezogene Bundestagswahl hat zunächst erwartungsgemäß nicht zur Verlängerung eines rot-grünen Regierungsauftrags geführt. Aber auch der bis zuletzt von vielen Meinungsforschungsinstituten prognostizierte Sieg des schwarz-gelben Oppositionsbündnisses blieb aus. Statt dessen hat das Wählervotum eine in gleich mehrfacher Hinsicht neuartige Situation erbracht.

Erstmals seit dem Aufkommen eines in zwei Lager gespaltenen Parteiensystems zu Beginn der achtziger Jahre kann weder das bürgerlich-konservative noch das linke Lager allein eine tragfähige parlamentarische Mehrheit organisieren. Es ist vor allem diese von den Wählern herbeigeführte Aufhebung des vertrauten Lagermechanismus, die - neben allen hektischen Machtkalkülen einzelner Akteure - die nun anstehenden Koalitionsverhandlungen erschweren wird.

Darüber hinaus verweisen die miserablen Ergebnisse von CDU/CSU und SPD auf einen zumeist unterschätzten, strategisch gleichwohl bedeutsamen wahlsoziologischen Aspekt der deutschen Volksparteien: Die Sozialdemokraten wie nunmehr auch die Christdemokraten haben sich mit der programmatischen Ausrichtung ihrer jeweiligen Parteiführungen auf einen mehr oder minder drastischen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Strukturen dramatische Integrationsprobleme bei ihren Anhängern in der Arbeiterschaft und in den unteren Mittelschichten eingehandelt. Zur Disposition steht nichts geringeres als die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der beiden Volksparteien.

SPD verliert in ihren Hochburgen

Das Wählerverhalten vom vergangenen Sonntag zeigt insbesondere, dass die derzeit dominierende Strukturdimension des politischen Wettbewerbs keineswegs wie gewohnt das rechte vom linken Lager trennt. Die zentrale Frage nach dem Ausmaß wohlfahrtsstaatlicher Reformen trennt vielmehr in erster Linie sozial besser von sozial schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen. Die aktuelle politische Frontstellung verläuft somit quer durch die traditionellen politischen Lager und insbesondere die beiden Volksparteien. Sie weist zudem - ganz im Gegensatz zu dem derzeit immer wieder bemühten Bild vom ungebundenen, volatilen Wähler - ein beachtliches sozialstrukturelles Fundament auf.

2. Die SPD hat mit einem Stimmenanteil von 34,3 Prozent das zweitschlechteste Ergebnis in der bundesrepublikanischen Wahlgeschichte seit 1961 eingefahren. Die höchsten Verluste im Vergleich zu 2002 erfolgten in ihren traditionellen Hochburgen, in Wahlkreisen mit einer hohen Arbeitslosigkeit, mit einem unterdurchschnittlichen formalen Bildungsniveau oder auch mit traditioneller Wirtschaftsstruktur, vor allem geprägt durch produzierendes Gewerbe. Zusammen mit der langen Reihe schwerer Niederlagen in den Landtagswahlen seit 1999 summiert sich dies zu einer niederschmetternden Wahlbilanz in der Ära Schröder und Müntefering. Stets wechselten die vormaligen SPD-Wähler aus der Arbeiterschaft nur zu einem geringen Teil zur Union und inzwischen auch zur Linkspartei; in ihrer Mehrheit zogen sie sich in die Wahlenthaltung zurück.

Partei	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte
CDU/CSU	31,1	29,1	27,1	25,1	23,1
SPD	34,3	32,3	30,3	28,3	26,3
FDP	9,8	9,8	9,8	9,8	9,8
Grüne	10,1	10,1	10,1	10,1	10,1
Linke	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
Wahlberechtigte	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[Wahl 2005 \(FR-Infografik\)](#)

Dennoch hat sich in der Sozialdemokratie in den letzten beiden Jahren ein eigentümliches, Außenstehende bisweilen verwirrendes Reaktionsmuster auf Wahlniederlagen herausgebildet, das man auch diesmal in der Wahlnacht und in den Stellungnahmen der Parteiführung verfolgen konnte. Mit dem Hinweis, alles hätte noch viel schlimmer kommen können, werden einerseits selbst herbe Stimmen- und

Mandatsverluste zu Erfolgen verklärt und andererseits die Kritik am politischen Kurs der Parteispitze im Keim erstickt.

Ein noch dramatischerer Einbruch in diesen Wählerbereichen ist durch die vor allem auch von Gerhard Schröder selbst geprägten Akzentsetzungen im Wahlkampf verhindert worden. Wie schon 2002 hat der Kanzler mit dem Kunstgriff einer rhetorischen Re-Traditionalisierung der SPD und seiner Politik die spannungsgeladene Atmosphäre eines symbolischen Richtungswahlkampfes zwischen einer auf Gerechtigkeit und soziale Balance ausgerichteten SPD und einer auf soziale Kälte und Gefährdung eben dieser Balance abzielenden, neoliberalen Opposition aus Union und Liberalen zu erzeugen versucht. Mit dieser Re-Traditionalisierung sollten die für viele SPD-Anhänger befremdlichen und enttäuschenden Assoziationen der sozialdemokratischen Regierungspolitik mit Hartz IV und der Agenda 2010 überspielt werden, und zweifellos hat diese atmosphärische Zuspitzung des Wahlkampfes im Zusammenspiel mit den Effekten einer modernen Bildungs- und Familienpolitik der rot-grünen Bundesregierung auf die Wählerschaft den Absturz der SPD unter die 30-Prozent- Grenze verhindert.

3. Das schlechte Abschneiden der Union mit einem Stimmenanteil von 35,2 Prozent erscheint zunächst als der rätselhafteste Aspekt der Wahl vom letzten Sonntag, zumal alle demoskopischen Befunde noch unmittelbar vor dem Wahltag auf ein Ergebnis der Union oberhalb der 40-Prozent-Schwelle hingedeutet hatten. Plausibel wird das Scheitern der Union beim Griff nach der sicher geglaubten Regierungsmehrheit für eine schwarz-gelbe Koalition jedoch bei einem weiter ausholenden Blick. Mehrere, zum Teil langfristige Faktoren haben hier zusammengewirkt.

Schon die ersten Analysen am Wahlabend haben auf den schwer wiegenden Einfluss des "Kirchhof-Faktors" hingewiesen. Ganz offensichtlich ist Angela Merkel mit der Berufung Paul Kirchhofs in ihr Kompetenzteam ein gleich mehrfach verhängnisvoller Fehler unterlaufen. Zum einen ergab sich für die Union mit der Berufung Kirchhofs die missliche Notwendigkeit, fortan mühsam zwischen dem von den Parteigremien abgesegneten Steuerkonzept des Wahlkampfprogramms und den wesentlich radikaleren Vorstellungen Kirchhofs differenzieren zu müssen.

Kirchhof bei CDU im luftleeren Raum

Zum ändern bewegte sich Kirchhof als professoraler Sachverständiger ohne innerparteiliche Verwurzelung in demselben, eigentümlich luftleeren Raum wie vor ihm eine ganze Reihe ähnlich randständiger Experten wie Jost Stollmann, Peter Hartz oder Bert Rürup auf der Seite der rot-grünen Bundesregierung. Hier wie dort gilt offensichtlich: Parteiaktivisten ziehen nicht gerne für Galionsfiguren ohne Stallgeruch in den Wahlkampf.

Vor allem aber eröffnete Kirchhofs Steuermodell, das in einem deutlichen Gegensatz zu den etablierten Modellen steht, dem Bundeskanzler und führenden Sozialdemokraten die innig ersehnte Möglichkeit, ihre Inszenierung der SPD als Gerechtigkeitspartei nun gegen einen leicht zu dämonisierenden Gegner mit verstärkter Plausibilität zu versehen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Schröder auf diese Weise im Wahlkampf letztlich gegen zentrale Ziele seiner eigenen Agenda-Politik ins Feld zog.

Dies gelang freilich nur deshalb so wirkungsvoll, weil sich in den Unionsparteien langfristig eine bemerkenswerte Abkehr von den ja auch dort vormals überaus starken und sichtbaren sozialstaatlichen Traditionen vollzogen hat. Die innerparteiliche Marginalisierung von Sozialpolitikern wie Norbert Blüm, Heiner Geißler oder Horst Seehofer offenbart einen programmatischen und kulturellen Schwenk der Unionsparteien zu einem wirtschaftsnahen Selbstverständnis, das auf Dauer eine Integration der zahlreichen Unionswähler aus den unteren sozialen Schichten erschweren wird. Diese latente Integrationsschwäche der Union auf Bundesebene ist bei den zurückliegenden Landtagswahlen nur deshalb nicht sonderlich ins Gewicht gefallen, weil sie sich entweder programmatisch bedeckt hielt und von der SPD-Schwäche profitieren konnte oder weil sie auf Landesebene, etwa in Bayern, über eine langfristig gewachsene, auch sozialpolitische Kompetenz verfügt.

So versagten erhebliche Teile der vormaligen Unionsanhänger aus der Arbeiterschaft und der unteren Hälfte der sozialen Pyramide diesmal der Union die Gefolgschaft und zogen sich vornehmlich in die Wahlenthaltung zurück. Zugleich verhalf ein ebenfalls nicht unbeträchtlicher Teil der Unionswähler der FDP zu einem Spitzenergebnis in der Absicht, eine große Koalition zu verhindern und den Reformprozess zu forcieren. Damit hat sich bei der Wahl vom Sonntag für die Union ein ähnliches Dilemma offenbart wie in den Jahren zuvor für die Sozialdemokraten. Der auf Abbau und Umbau des Sozialstaates zielende und die sozial schwächeren Wählerschichten besonders belastende Reformkurs der Parteiliten ist eben nicht nur ein von Medien und Eliten einstimmig beschworener Abschied von "alten Zöpfen". Als gezielter Bruch einer grundlegenden deutschen politischen Tradition der Wohlfahrtsstaatlichkeit steht diese "Reformpolitik" zunächst bei beiden großen Parteien auch im Widerspruch zu den Interessen und Erwartungen eines für ihre jeweilige Mehrheitsfähigkeit bedeutsamen Wählersegments.

4. Die dominierende Frage nach dem angemessenen Umfang der Reformpolitik offenbart jedoch nicht nur die aufgezeigten Widersprüchlichkeiten in den Wählerschaften der beiden Volksparteien. Darüber hinaus ergeben sich neue Positions- und Funktionszuschreibungen für die drei kleinen Parteien, die neue Linkspartei, die FDP und die Grünen.

Die Linkspartei

Bei den Wählern der Linkspartei verband sich die ostdeutsche PDS-Klientel mit einem Teil der vormals bei den Sozialdemokraten angesiedelten Anhänger einer wohlfahrtsstaatlichen Politik in Westdeutschland. Dass die Linkspartei trotz massiver Medienkampagnen gegen ihre Spitzenkandidaten in einigen westlichen Bundesländern wie dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen klar die Fünf-Prozent-Grenze überwinden konnte, verheißt für die SPD nichts Gutes und wird auf absehbare Zeit die innerparteilichen Spannungen zwischen dem Schröderschen Reformkurs und den Reformskeptikern aufrecht erhalten. Der für die deutsche Wählerschaft so bedeutsame Gegensatz zwischen einer wohlfahrtsstaatlichen und einer auf das Marktgeschehen ausgerichteten Politik wird so in den Extremen im kommenden Bundestag erstmals nicht durch die Sozialdemokraten und die Union, sondern durch die Linkspartei und die FDP repräsentiert.

Die Liberalen haben sich bei dieser Bundestagswahl konsequent als politische Repräsentanten einer

Die Autoren

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Dieter Oberndörfer (Jahrgang 1929) lehrte als Politikwissenschaftler an der Universität Freiburg, Forschungsschwerpunkte: Demographie, Wahlverhalten, Entwicklungsländerforschung

Prof. Dr. Gerd Mielke (Jahrgang 1947) ist Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz, Forschungsschwerpunkte: politische Soziologie Privatdozent

Dr. Ulrich Eith (Jahrgang 1960) Vertretungsprofessur für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg, Forschungsschwerpunkte: Wahl- und Parteienforschung, politischer Systemvergleich

Die Autoren gehören zur "Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg" am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Die von Prof. Oberndörfer gegründete Arbeitsgruppe analysiert unter anderem seit mehr als zehn Jahren regelmäßig für die Frankfurter Rundschau Bundes- und Landtagswahlen.

An dieser Analyse waren neben den Autoren die Politikwissenschaftler Bernd Schlipphak, Christian Zettl und Christina Gillissen beteiligt. Ein Überblick über die weiteren Forschungsaktivitäten findet sich unter <http://www.politik.uni-freiburg.de/forschung/awf/awf.php> aus

marktorientierten Reform der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik positioniert und diese Festlegung durch ein entsprechendes Koalitionsvotum unterstrichen. Dadurch konnten sie zwar einerseits von der symbolischen Zuspitzung des Wahlkampfes durch den Kanzler auf die Alternative zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktradikalität profitieren und als verlässliche Garanten einer schwarz-gelben Alternative zahlreiche Stimmen aus dem Unionslager auf sich ziehen. Andererseits jedoch hat diese vorbehaltlose Ausrichtung auf ein neoliberales Politikmodell die Koalitionsspielräume der FDP erheblich eingeengt.

Den bedeutsamsten Positions- und Funktionswandel unter den kleinen Parteien haben die Grünen vollzogen. Zunächst konnten sie als Milieu- und Generationenpartei einer in die reiferen Jahre gekommenen, gebildeten Mittelschicht des Humandienstleistungsbereiches ihren Stimmenanteil auch in den Wirren dieser Wahl sicher halten, obwohl ein Verbleib der Grünen in der Regierungsverantwortung höchst unwahrscheinlich erschien. Die vormalige Protestpartei vereint nunmehr in ihrer Anhängerschaft die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen einer eher gehobenen Mittelschicht mit den progressiven Lebensstilen und bürgerrechtlichen Positionen eines aufgeklärten Bürgertums. Damit stehen die Grünen sowohl den wirtschaftspolitischen Positionen von Union und Liberalen einerseits als auch den gesellschaftspolitischen und kulturellen Vorstellungen von SPD, Linkspartei und Liberalen andererseits nahe, ein Umstand, der sie nunmehr in das Zentrum der koalitionspolitischen Optionen rückt.

5. Die Bundestagswahl 2005 hat mithin alle Chancen, als Zäsur in die Entwicklung des deutschen Parteiensystems einzugehen. Die Neuwahlen wurden angesetzt, um stabile Mehrheiten für die Bewältigung des Reformstaus zu erreichen. Dieses Ziel ist vom Wähler durchkreuzt worden. Das vertraute Lagerdenken spiegelt die politischen Frontstellungen inzwischen nur noch unzureichend wider. Die Konflikte um die zentralen Fragen der Reformen von Arbeitsmarkt und Sozialsystemen verlaufen derzeit quer durch die beiden Volksparteien. Von einer sprunghaft angestiegenen Bindungslosigkeit und Unberechenbarkeit der Wahlentscheidungen kann nur sprechen, wer die sozialstrukturellen Fundamente dieser seit Jahren wichtigsten, mitten durch beide politischen Lager verlaufenden Konfliktlinie außer Acht lässt. Es wird somit an der politischen Führungsstärke und der Integrationskraft der beiden Volksparteien liegen, ob sie angesichts dieser Verschiebungen ihre bislang bestimmende Position auch weiterhin behaupten können.